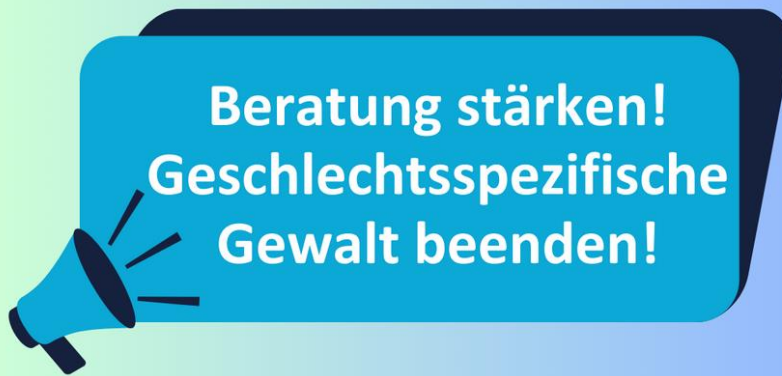


**Statement des bff zur Aktion #verletzt
ZUM INTERNATIONALEN TAG GEGEN GEWALT
AN FRAUEN**



bff
FRAUEN GEGEN GEWALT E.V.

Der bff als Zusammenschluss von über 220 Beratungsstellen gegen geschlechtsspezifische Gewalt startet anlässlich des 25.11.2024 die Aktion #verletzt.

Die anhaltende Gewalt gegen Frauen, geschlechtsspezifische Gewalt, sexualisierte Gewalt, digitale Gewalt, Partnerschaftsgewalt, alltägliche Diskriminierung verletzt unzählige Menschen Tag für Tag.

*Wir Fachkräfte in den Beratungsstellen und Vereinen, Aktivist*innen und Engagierte geben unser Bestes, um der Gewalt entgegenzutreten, Betroffene zu unterstützen, Fachkräfte zu sensibilisieren, Prävention umzusetzen, Rechte einzufordern, Angehörige zu begleiten und die Folgen der Gewalt für die Gesellschaft zu reduzieren – Tag für Tag.*

Unser Anspruch, den wir an diese Arbeit haben, wird stetig verletzt: durch zu wenig Geld für unsere Angebote, durch bürokratische Hürden, durch betroffenenfeindliche Gesetze und diskriminierende Strukturen, durch mangelnde Priorisierung des Problems in der Politik auf allen staatlichen Ebenen: in den Städten und Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene.

Nach drei Jahren einer Bundesregierung mit ambitionierten Zielen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die ohne einen einzigen Fortschritt zu Ende gehen, stellen wir verletzt fest: der politische Wille für Veränderung war an den entscheidenden Stellen nicht vorhanden. Das werden wir nicht akzeptieren!

Wir fordern alle Verantwortlichen auf, endlich zur Kenntnis zu nehmen: die allgegenwärtige Gewalt verletzt unzählige Betroffene, vulnerable Menschen und die ganze Gesellschaft. Die mangelnde Bereitschaft der Politik, in gute Unterstützung für alle Betroffenen zu investieren, verletzt die Umsetzung der Istanbul-Konvention und damit die Menschenrechte.

Wir nehmen diese Verletzungen nicht mehr hin! Wir werden uns weiter zusammenschließen, unsere Bündnisse stärken und nicht verstummen. Wir laden alle ein, laut zu werden und gemeinsam mit uns für ein Ende von Gewalt und Diskriminierung zu streiten. Für eine Gesellschaft, in der fundamentale Rechte nicht mehr permanent verletzt werden. Und für eine Politik, die den Schutz Gewaltbetroffener endlich ernst nimmt.